

Mündliche Anfragen

für die Fragestunde der 47. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 14. Dezember 2017

1. Abgeordnete

**Bettina Brück und
Astrid Schmitt (SPD)**

Schule digital – Der Länderindikator 2017

Die Untersuchung „Schule digital – Der Länderindikator 2017“, die am Institut für Schulentwicklungsforschung der Technischen Universität Dortmund im Auftrag der Deutschen Telekom Stiftung erstellt wurde, liefert länderbezogene Informationen zur aktuellen Situation der digitalen Bildung in Deutschland. Basis dieser Ende November 2017 vorgestellten Studie ist eine repräsentative Befragung von 1 218 Lehrkräften an allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufe I (ohne Förderschulen), die erfragt, wie Lehrkräfte das Lehren und Lernen mit digitalen Medien im Unterrichtszusammenhang nutzen und bewerten.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie schneidet Rheinland-Pfalz in der Studie im Vergleich zu anderen Ländern ab?
2. Wie will die Landesregierung die Weiterentwicklung des Lehrens und Lernens mit und über digitale Medien in das Programm „Medienkompetenz macht Schule“ einbetten und dieses weiterentwickeln?
3. Welche Pläne hat die Landesregierung insgesamt zur Umsetzung der KMK-Strategie „Bildung in der digitalen Welt“ für Rheinland-Pfalz?

2. Abgeordnete

**Dr. Peter Enders,
Dr. Christoph Gensch
und Hedi Thelen (CDU)**

Schreiben des Gesundheitsministeriums an die Krankenhäuser betreffend „Anträge im Rahmen des Krankenhausplans“

In einem jetzt bekannt gewordenen Schreiben des Gesundheitsministeriums an die Plankrankenhäuser in Rheinland-Pfalz wird darauf hingewiesen, dass bis zur Aufstellung des neuen Krankenhausplans im Jahr 2018 grundsätzlich keine krankenhauserischen Änderungen, Ergänzungen oder Anpassungen der stationären Leistungsstrukturen der Krankenhäuser vorgenommen werden sollen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Warum will die Landesregierung, dass bis zur Aufstellung des neuen Krankenhausplans im Jahr 2018 keine krankenhauserischen Änderungen, Ergänzungen oder Anpassungen der stationären Leistungsstrukturen der Krankenhäuser vorgenommen werden?
2. Inwiefern sind damit Verzögerungen oder Nichtrealisierungen sinnvoller Maßnahmen dieser Art verbunden?
3. Inwieweit ist sichergestellt, dass etwaige Anträge auf Änderung des Versorgungsauftrags im neuen Krankenhausplan berücksichtigt werden?

3. Abgeordneter
Matthias Joa (AfD)

Muslime in Haftanstalten

Die Rhein-Zeitung vom 9. Dezember 2017 berichtet über Pläne der Landesregierung, die Seelsorge für muslimische Strafgefangene neu zu organisieren. Künftig soll diese Aufgabe nicht mehr von DITIB-Imamen im Auftrag des türkischen Staates, sondern von „unabhängigen religiösen Betreuern“ wahrgenommen werden, die mit den Gefangenen Deutsch sprechen. In diesem Zusammenhang wird erwähnt, dass in Rheinland-Pfalz rund 500 Muslime in Gefängnissen einsitzen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Auf welcher Statistik beruht die Angabe von rund 500 muslimischen Gefängnisinsassen?
2. Wie hat sich die Zahl der muslimischen Strafgefangenen in der letzten Dekade entwickelt?
3. Welche Zahlen und Erkenntnisse gibt es allgemein zur konfessionellen Zugehörigkeit der muslimischen Strafgefangenen und speziell zum islamistisch-salafistischen Spektrum?
4. Wie viele Strafgefangene sitzen aufgrund von Delikten ein, die im Zusammenhang mit islamistischem Terrorismus stehen?

4. Abgeordnete
Marco Weber und
Thomas Roth (FDP)

Gemeinsame Agrarpolitik nach 2020

Ende November 2017 hat die EU-Kommission die Mitteilung „Ernährung und Landwirtschaft der Zukunft“ als wichtige Grundlage für die Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2020 veröffentlicht. Darin werden neue Ansätze aufgezeigt, um die GAP an die sich wandelnden Rahmenbedingungen und Herausforderungen anzupassen und damit die Landwirtschaft zukunftsfähig und nachhaltig gestalten zu können. Grundsätzlich soll den Mitgliedsstaaten im Sinne des Subsidiaritätsprinzips mehr Handlungsspielraum gewährt werden. Dies könnte auch Auswirkungen auf die rheinland-pfälzische Landwirtschaft haben.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die Ankündigung, beide Säulen der GAP zu erhalten?
2. Inwiefern kann die GAP dazu beitragen, die Digitalisierung in der Landwirtschaft voranzubringen?
3. Mit welcher Strategie will die GAP die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Landwirtschaft stärken und gleichzeitig den landwirtschaftlichen Sektor krisenfester machen?
4. Können die geplanten Maßnahmen zur dringend erforderlichen Entbürokratisierung des Fördersystems beitragen?

5. Abgeordnete
Katharina Binz und
Andreas Hartenfels
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ungetrübter Spaß an Kinderspielzeug zu Weihnachten

Immer wieder kommen Kinderspielzeuge auf den Markt, die für Kinder ungeeignet oder gar gefährlich sind. Verbraucherinnen und Verbraucher – auch in Rheinland-Pfalz – sind zu Recht verunsichert, welches Spielzeug sie ihren Kindern zu Weihnachten schenken können. Das Verbraucherschutzministerium weist in einer Pressemitteilung vom 8. Dezember 2017 auf Spielzeug hin, mit denen Kinder und deren Umgebung ausspioniert werden können. Eine Puppe oder ein Teddybär, die heimliche Bild- oder Tonaufnahmen machen können, eine Armbanduhr, mit der die Umgebung oder der Aufenthalt des Kindes „abgehört“ werden kann, sind kein geeignetes Weihnachtsgeschenk für Kinder. In der Pressemitteilung auch erwähnt sind Produktionsbedingungen für Spielzeug, auf die man beim Kauf achten sollte. Dabei sollte für Kinder und Eltern der ungetrübte Spaß am Schenken im Vordergrund stehen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Vor welchen Gefahren bei Kinderspielzeug warnt die Landesregierung?
2. Auf was können Eltern in Rheinland-Pfalz achten, wenn sie Kinderspielzeug kaufen, um ihren Kindern ungetrübten Spaß am Spielen zu garantieren?
3. Welche Untersuchungen führt das Landesuntersuchungsamt durch, um darauf hinzuwirken, dass keine schädlichen Spielzeuge in den Handel gelangen?
4. Was tut die Landesregierung, um Eltern, Kinder und Jugendliche im Umgang mit vernetztem Spielzeug und anderen Medienangeboten zu unterstützen?

6. Abgeordnete**Christian Baldauf und
Gabriele Wieland (CDU)****17 angekündigte Ortsumgehungen**

Die Beantwortung der Kleinen Anfrage – Drucksache 16/5906 – hat ergeben, dass im Bereich des Neubaus von Landesstraßen ein Finanzierungsstau von über 100 Mio. Euro vorherrscht. Wie der Presse zu entnehmen war, hat Verkehrsminister Dr. Wissing den LBM damit beauftragt, 17 neue Ortsumgehungen zur Baureife zu entwickeln.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Nach welchen Auswahlkriterien und nach welcher Priorisierung ist die Auswahl der 17 Ortsumgehungen zustande gekommen?
2. Inwieweit wirken sich die zu vollziehenden Planungsschritte zur Erlangung des Baurechts der 17 Ortsumgehungen auf die Realisierung anderer Neubauprojekte aus?
3. Wie bewertet die Landesregierung die Realisierungschancen der 17 Ortsumgehungen vor dem Hintergrund des enormen Finanzierungsstaus im Bereich des Neubaus von Landesstraßen?
4. Inwieweit werden die derzeitigen Neubaumittel von 7 Mio. Euro an den Finanzierungsbedarf im Bereich der Neubauprojekte angepasst?

7. Abgeordnete**Giorgina Kazungu-Haß,
Heike Scharfenberger
und Anke Simon (SPD)****Neue Intendanz in Ludwigshafen**

Die Intendanz der Deutschen Staatsphilharmonie Ludwigshafen ist wieder besetzt. Ende November 2012 wurde Beat Fehlmann als neuer Intendant neu vorgestellt.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welches Auswahlverfahren wurde gewählt und warum?
2. Wie sah die Unterstützung der Beratungsfirma Metrum konkret aus?
3. Wie gestaltet sich die Suche nach einer neuen Chefdirektorin oder einem neuen Chefdirektor?

8. Abgeordneter**Martin Louis Schmidt
(AfD)****Zukunft des „Museums unterm Trifels“ in Annweiler**

Die südpfälzische Stadt Annweiler am Trifels soll den Rheinland-Pfalz-Tag 2019 ausrichten und feiert im selben Jahr auch das 800. Jubiläum der Verleihung der Stadtrechte.

Dann will die einstige Freie Reichsstadt nicht zuletzt durch ihr großes Geschichtserbe zahlreiche Besucher aus allen Teilen unseres Bundeslandes anlocken. Dabei spielt die Erinnerung an die Bedeutung während der Zeit der salischen und staufischen Kaiser eine maßgebliche Rolle (vorübergehende Aufbewahrung der Reichskleinodien in der Burg Trifels; Inhaftierung des englischen Königs Richard Löwenherz auf dem Trifels).

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welchen Stellenwert misst die Landesregierung im Rahmen der Feierlichkeiten zum Rheinland-Pfalz-Tag 2019 in Annweiler dem örtlichen „Museum unterm Trifels“ zu?
2. Welche Erkenntnisse gibt es zur Personalsituation an diesem überregional beachteten Heimatmuseum in Annweiler, wenn der aktuelle Museumsleiter zum 1. September 2018 in den Ruhestand geht?
3. Wie sollen die Betreuung und Bewerbung der Museumsbestände sowie die Weiterführung der derzeit regelmäßig stattfindenden Sonderausstellungen und Vortragsveranstaltungen in Zukunft organisiert und sichergestellt werden?
4. Gibt es Überlegungen der Landesregierung, angesichts der bevorstehenden Festlichkeiten auf eine Verbesserung der Personallage des „Museums unterm Trifels“ hinzuwirken bzw. mit Landesmitteln eine weiterhin erfolgreiche Ausstellungs- und Öffentlichkeitsarbeit in den Jahren 2018/2019 und darüber hinaus zu gewährleisten?

- 9. Abgeordneter**
Andreas Hartenfels
 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
- FSC-zertifizierte Weihnachtsbäume**
- Seit 2015 zertifiziert Rheinland-Pfalz als erstes Bundesland Weihnachtsbäume nach FSC-Standard. Diese Bäume zeichnen sich dadurch aus, dass sie sozial- und umweltverträglich produziert wurden und ohne Mineraldünger und Chemieinsatz gewachsen sind. Sie leisten damit einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz und zur Biodiversität. Die Standards wurden gemeinsam von Landesforsten und dem Zertifizierungspartner entwickelt.
- Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:
1. Welche Kriterien müssen für den Erhalt des FSC-Siegels für Weihnachtsbäume erfüllt sein?
 2. Welche Bilanz wurde aus der ersten Verkaufssaison von Öko-Weihnachtsbäumen im Jahr 2016 gezogen?
 3. Welche Rückschlüsse zieht die Landesregierung vor dem Hintergrund der Bilanz auf Angebot, Nachfrage, Preis und Zukunftsaussichten für die Öko-Weihnachtsbäume?
 4. Bei welchen Forstämtern in Rheinland-Pfalz können in diesem Jahr FSC-zertifizierte Weihnachtsbäume erworben werden?
- 10. Abgeordneter**
Christian Baldauf (CDU)
- Landesregierung muss Cyberkriminalität stärker bekämpfen**
- Am 11. Dezember 2017 haben die Landeszentralstelle Cybercrime (LZC) der Generalstaatsanwaltschaft Koblenz und die Kriminalinspektion Betzdorf über ein umfangreiches Ermittlungsverfahren gegen Händler sogenannter Designer Drogen informiert. Einer langjährigen Forderung der CDU-Landtagfraktion entsprechend hat die Landesregierung inzwischen zwar die bei der Generalstaatsanwaltschaft Koblenz angesiedelte Landeszentralstelle Cybercrime (LZC) personell aufgestockt. Aus der Beantwortung einer Kleinen Anfrage (Drucksache 17/4721) ergibt sich, dass danach allerdings keine weitere Personalzuweisung an das Landeskriminalamt erfolgte und auch der Arbeitszeitanteil der dort tätigen Mitarbeiter unverändert bestehen blieb.
- Ich frage die Landesregierung:
1. Aus welchem Grund ist die Zahl der Ermittler im zuständigen LKA-Dezernat „Cybercrime“ bislang nicht aufgestockt worden?
 2. Bis wann soll das LKA-Dezernat in welchem Umfang (bitte Stellenzahl nennen) aufgestockt werden?
 3. Ist es in der Vergangenheit vorgekommen, dass aufgrund personeller Engpässe neue Ermittlungsverfahren nicht aufgenommen werden konnten?
 4. Entspricht es aus Sicht der Landesregierung dem Grundsatz der effektiven Strafverfolgung, wenn im Bereich der sogenannten Holkriminalität, bei der Straftaten nur durch gezielte Ermittlungen (z. B. im Darknet) zustande kommen und auch nur dann in die Statistiken einfließen, Ermittler einspart?
- 11. Abgeordneter**
Dr. Jan Bollinger (AfD)
- Razzia gegen linke Szene in Rheinland-Pfalz**
- Nach den Krawallen während des G20-Gipfels in Hamburg nahm die Sonderkommission „Schwarzer Block“ die linke Szene weiter unter Beobachtung. Bundesweit durchsuchten Beamte am Dienstag, den 5. Dezember 2017 Wohnungen. Auch Wohnungen linker Gewalttäter in Rheinland-Pfalz wurden durchsucht.
- Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:
1. Wie viele Personen und welche „Linke-Szene-Objekte“ waren von den Hausdurchsuchungen in Rheinland-Pfalz betroffen?
 2. Wie viele Haftbefehle aufgrund welcher Delikte wurden gegen Linksextremisten und Autonome vollstreckt?
 3. Wie beurteilt die Landesregierung die Möglichkeit, Aussteigerprogramme für Linksextremisten und Autonome der linksextremistischen Szene zu initiieren, um dem menschenverachtenden linksextremistischen Gedankengut effektiv entgegenzutreten?
 4. Welche Erkenntnisse zu den Vernetzungen der linksradikalen Szene mit anerkannten zivilgesellschaftlichen Akteuren (Parteien, Gewerkschaften, Kirchen o. Ä.) bzw. ihren Jugendverbänden ergeben sich aus der Razzia?

12. Abgeordnete

**Marion Schneid, Gerd
Schreiner und
Reinhard Oelbermann
(CDU)**

Zukunft der Filmförderung in Rheinland-Pfalz

Audiovisuelle Medien allgemein und insbesondere der Film sind wichtige Kulturträger und – richtig gemacht – ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Das zeigt vor allem der Blick in unser Nachbarland Frankreich, das zeigen aber auch die Erfahrungen in anderen Bundesländern wie Nordrhein-Westfalen, Hessen, Bayern oder Baden-Württemberg.

Durch den Studiengang Filmwissenschaft an der Johannes Gutenberg-Universität sowie zahlreiche Medienanstalten gibt es auch in Mainz eine rege Filmszene. Darüber hinaus hat sich das Filmfestival Ludwigshafen als Publikumsmagnet und Branchentreff der Filmszene etabliert, finden auch weitere kleinere Festivals in verschiedenen Städten regen Publikumszuspruch. Was fehlt, ist eine angemessene Filmförderung (vgl. Allgemeine Zeitung Mainz, 27. November 2017).

Branchenkennner wundern sich seit Langem, dass ein an Medienstandorten herausragendes und an historisch bedeutsamen Landschaftsmotiven wie dem Rheintal einmalig bestücktes Bundesland keine eigene Filmförderung vorzuweisen hat.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. In welchem finanziellen Umfang wurden Förderinstrumente des Landes und der Kulturstiftung zusätzlich zu den Mitteln des Kinoprogrammpreises (Haushaltstitel 1552 534 03) und der Förderung von Abschlussarbeiten (Haushaltstitel 1552 686 03) von Filmschaffenden 2016 und 2017 in welcher Höhe genutzt?
2. Welche Mittel wurden in der Vergangenheit für die Förderung von Filmtheatern im ländlichen Raum, insbesondere in Form von Kopiekostenförderungen verausgabt und warum wurde dieser Haushaltsansatz gestrichen?
3. Welche Bedeutung für das Land Rheinland-Pfalz hat der im eigenen Land produzierte Film aus Sicht der Landesregierung und welche Förderinstrumente möchte die Landesregierung mit Blick auf das neben der kulturellen Filmförderung neue Standbein einer Produktionsförderung entwickeln?

13. Abgeordnete

**Anke Beilstein und
Simone Huth-Haage
(CDU)**

Schlechtes Abschneiden der deutschen Grundschüler im Rahmen der IGLU-Studie

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung das Abschneiden deutscher Grundschüler im Rahmen der IGLU-Studie?
2. Wie viele rheinland-pfälzische Grundschüler haben an der IGLU-Studie teilgenommen?
3. Hat die Landesregierung Erkenntnisse über das Abschneiden der Stichprobe aus Rheinland-Pfalz?
4. Welchen zusätzlichen Handlungsbedarf sieht die Landesregierung im Hinblick auf die rheinland-pfälzischen Grundschulen?

14. Abgeordneter

**Daniel Köbler
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

DGB-Rentenreport 2017

Der DGB Rheinland-Pfalz/Saarland hat am 27. November 2017 seinen „Rentenreport 2017“ präsentiert und legte damit erstmalig einen Report zur Situation der Rentnerinnen und Rentner in Rheinland-Pfalz vor. Das Ergebnis zeigt, dass bereits jetzt viele mit ihrer Rente ihren Lebensunterhalt nicht bestreiten können und diese Situation in der Zukunft noch verschärft wird.

Insbesondere die deutliche Mehrheit der Frauen befindet sich mit ihrer Rente unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die Ergebnisse des Rentenreports 2017 des DGB Rheinland-Pfalz/Saarland?
2. Wie unterscheiden sich die Ergebnisse für die verschiedenen Regionen und Kommunen in Rheinland-Pfalz?
3. Welche geschlechterspezifischen Unterschiede zeigen sich?
4. Welche Konsequenzen müssen aus Sicht der Landesregierung aus diesen Ergebnissen gezogen werden?

15. Abgeordnete
Hedi Thelen und
Michael Wäschenbach
(CDU)

Gewinnung von Pflegefachkräften aus dem Ausland

Das statistische Landesamt hat Ende November 2017 eine Studie zu den Auswirkungen des demografischen Wandels auf den Pflegebedarf vorgelegt. Daraus wird die sehr ernst zu nehmende Lage klar, dass der steigende Pflegebedarf einerseits und der Fachkräftemangel in der Pflege andererseits zu gravierenden Engpässen in der Pflege führen wird.

Ein Ziel, um diese Lücke zu schließen, ist die Fachkräftegewinnung aus dem Ausland zum nachhaltigen Abbau des Fachkräftemangels. Hier gibt es jedoch Klagen über zu hohe Hürden und zu langwierige und zeitaufwändige Verfahren beim Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung im Zusammenhang mit der beruflichen Anerkennung.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viele pflegerische Fachkräfte erhielten seit 2015 ihre berufliche Anerkennung?
2. Welche Bedingungen werden für die berufliche Anerkennung gefordert und wie viel Zeit vergeht aus welchen Gründen in der Regel zwischen Antragstellung und Entscheidung?
3. Welche Möglichkeiten zur Verkürzung der Verfahrensdauer werden gesehen?

16. Abgeordnete
Pia Schellhammer
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Tag der Menschenrechte

Am 10. Dezember wird der Tag der Menschenrechte begangen, in Erinnerung an die Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte am 10. Dezember 1948 durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen. Anlässlich dieses Tages finden weltweit Aktionen statt, die auf Menschenrechtsverletzungen hinweisen. Für viele Flüchtlinge, die nach Rheinland-Pfalz kommen, waren Menschenrechtsverletzungen Ursache für ihre Flucht.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. In welchen rechtlichen Grundlagen werden die Menschenrechte in Rheinland-Pfalz garantiert?
2. Wie bewertet die Landesregierung den Kampf gegen Menschenrechtsverletzungen weltweit vor dem Hintergrund der Bekämpfung von Fluchtursachen?
3. Gibt es Aktionen seitens der Landesregierung rund um den Tag der Menschenrechte am 10. Dezember 2017, die auf Menschenrechtsverletzungen hinweisen?